

Haushaltsrede der CDU Fraktion zum Haushalt 2022

Ratssitzung 22. Dezember 2021

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kersting,
sehr geehrter Herr Kämmerer Nemeita,
verehrte Ratsmitglieder,
meine Damen und Herren!

Die neue Bundesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen und die Landtagswahl in NRW im kommenden Mai wirft ihre Schatten voraus. Warum stelle ich das heute an den Anfang? Bundes- und landespolitische Entscheidungen beeinflussen maßgeblich die kommunalpolitische Arbeit vor Ort.

Ich möchte nur jeweils einen Punkt dazu herausgreifen.

Die Kommunen in NRW sind abhängig von der finanziellen Unterstützung des Landes im Rahmen des **Kommunalen Finanzausgleichs**.

Wenn man die Finanzausstattung der Kommunen über ganz NRW betrachtet, wird schnell klar, dass sich die Gesamtsituation keinesfalls so gut darstellt wie in der Gemeinde Eslohe. Bis Ende 2021 erwarten 120 Städte und Gemeinden in NRW den vollständigen Verbrauch ihrer Ausgleichsrücklage, bis 2024 noch einmal 51 Städte und Gemeinden. Dies bedeutet, dass im Finanzplanungszeitraum 171 der 360 Kommunen – also fast die Hälfte - mit einem vollständigen Verzehr ihrer Ausgleichsrücklage rechnen. 13 Kommunen haben sogar bereits jetzt das Eigenkapital vollständig aufgezehrt. Um die Belastungen der Pandemie aufzufangen, hilft es natürlich, dass die Städte und Gemeinden durch das NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz die Corona-Schäden für den Moment unberücksichtigt lassen können, so dass die Haushalte damit nicht belastet werden. Liquidität wird dadurch allerdings nicht gewonnen und bezahlt werden müssen die Dinge trotzdem.

Und am Ende müssen die Schäden wieder aus den Büchern heraus. Eine anzustrebende ergebnisneutrale Buchung im Jahr 2024 gegen das Eigenkapital wird dann zumindest die Ausgleichsrücklage unangetastet lassen.

Aber auch in Eslohe steht und fällt die auskömmliche finanzielle Ausstattung mit dem Gewerbesteueraufkommen und den Ausgestaltungen des kommunalen Finanzausgleichs. So sollten wir uns parteiunabhängig dafür einsetzen, dass die in den vergangenen Jahren im Gemeindefinanzierungsausgleich erfolgte Stärkung des ländlichen Raums beibehalten und im besten Falle noch weiter ausgebaut wird. Hier seien die nicht umlagewirksame Aufwands- bzw. Unterhaltungspauschale und die Änderungen im Rahmen der aktualisierten Grunddaten bei der Einwohnergewichtung und bei den neuen differenzierten fiktiven Hebesätzen genannt, wenngleich diese Änderungen zunächst mit einer hälftigen Umsetzung erfolgt sind. Dadurch wird der Haushalt der Gemeinde Eslohe spürbar entlastet.

So stehen wir mit dem angekündigten erneut guten Haushaltsjahr 2021 ausgezeichnet dar. Die Ausgleichsrücklage wird am Ende des Jahres voraussichtlich einen Wert von rund 5,4 Mio. € erreichen und damit den Stand der Eröffnungsbilanz aus 2009 weit übertreffen. Sie ist damit der echte gesetzlich vorgesehene Puffer für wirtschaftliche Einbrüche. Die guten Jahresabschlüsse der letzten drei Jahre relativieren damit auch das geplante Defizit im kommenden Jahr. Insgesamt steht die Gemeinde Eslohe finanziell bestens dar. Ein Ausdruck der vorausschauenden Haushaltsentscheidungen der vergangenen Jahre, die auch von externer Seite im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses ausdrücklich herausgestellt worden sind. Die Spielräume sind wieder andere als vor fünf Jahren. Das spiegelt sich auch in den konkreten Planungen für das kommende Jahr wider. Dazu später noch mehr.

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird nach der schrittweisen Umsetzung in Gesetze und Verordnungen auch kommunales Handeln beeinflussen. So zum Beispiel im Bereich der **regenerativen Energien**.

Dazu zwei Auszüge aus dem Koalitionsvertrag:

„Für die Windenergie an Land sollen zwei Prozent der Landesflächen ausgewiesen werden. Die nähere Ausgestaltung des Flächenziels erfolgt im Baugesetzbuch. Wir werden noch im ersten Halbjahr 2022 gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen alle notwendigen Maßnahmen anstoßen, um das gemeinsame Ziel eines beschleunigten Erneuerbaren-Ausbaus und die Bereitstellung der dafür notwendigen Flächen zu organisieren. Wir werden sicherstellen, dass auch in weniger windhöffigen Regionen der Windenergieausbau deutlich vorankommt, damit in ganz Deutschland auch verbrauchsnah Onshore-Windenergie zur Verfügung steht (und Netzingpässe vermieden werden).“

Inwieweit der Bundesgesetzgeber hier in die bestehenden Regelungen der Länder (Stichwort 10H in Bayern) eingreifen kann, bleibt abzuwarten. In jedem Fall ist davon auszugehen, dass es für die kommunale Ebene nicht leichter wird, gewisse Flächen rechtssicher für eine Windkraftnutzung auszuschließen. Auch damit werden wir uns im Januar bezüglich der einzuschlagenden Strategie beschäftigen müssen.

Und ein weiterer Auszug zum gleichen Themenkomplex:

„Alle geeigneten Dachflächen sollen künftig für die Solarenergie genutzt werden. Bei gewerblichen Neubauten soll dies verpflichtend, bei privaten Neubauten soll es die Regel werden. Bürokratische Hürden werden wir abbauen und Wege eröffnen, um private Bauherren finanziell und administrativ nicht zu überfordern. Wir sehen darin auch ein Konjunkturprogramm für Mittelstand und Handwerk. Unser Ziel für den Ausbau der Photovoltaik (PV) sind ca. 200 GW bis 2030. Dazu beseitigen wir alle Hemmnisse, u. a. werden wir Netzanschlüsse und die Zertifizierung beschleunigen, Vergütungssätze anpassen, die Ausschreibungspflicht für große Dachanlagen und die Deckel prüfen. Auch innovative Solarenergie wie Agri- und Floating-PV werden wir stärken und die Ko-Nutzung ermöglichen.“

Hier setzen wir mit unserem Antrag an und sehen die Kommunen auch als Vorreiter für private Initiativen. In diesem Bereich kann jeder Einzelne seinen Beitrag leisten, bis hin zu Stecker-Solargeräten auf Balkonen und Terrassen von Mietwohnungen. So kann der Einzelne selbst Solarstrom erzeugen und im Haushalt verbrauchen. Die

Aktion „Steck die Sonne ein!“ ist dabei Teil des EU- und landesgeförderten Projektes Energie2020 der Verbraucherzentrale NRW. Aber zurück zu der beantragten „Solarinitiative“ für die Gemeinde Eslohe. Wir glauben, dass auch in der Gemeinde Eslohe noch eine Menge an Potential besteht, weitere Dachflächen bzw. auch Freiflächen zur Photovoltaik-Nutzung zu erschließen und so einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Seit der letzten Prüfung der Eignung der Dächer von gemeindeeigenen Liegenschaften sind mittlerweile 10 Jahre vergangen, in denen sich die Rahmenbedingungen wesentlich verändert haben. So sind seit dem Jahr 2010 die Preise für PV-Module um 90 % gesunken. Die Effizienz der Module hat sich maßgeblich erhöht und bei Problemen mit der Statik kann auf glasfreie leichtere Module (3 – 5kg/m²) zurückgegriffen werden, die die Gesamtlast um zwei Drittel reduzieren. Eine erneute fachliche Prüfung ist damit geboten und soll durch zusätzliche 10 T€ im Haushalt 2022 finanziert werden. Durch die Förderrichtlinie progrss.nrw – Klimaschutztechnik sind Machbarkeitsstudien, Wirtschaftlichkeitsanalysen, Vorplanungsstudien und Voruntersuchungen der Statik und Standsicherheit für die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Gewerbeflächen, privaten Hochschulen, Forschungseinrichtungen und kommunalen Gebäuden förderfähig. Und auch in der möglichen Umsetzung stehen Fördergelder in Aussicht. Förderfähig sind Systeme aus Photovoltaik-Dachanlagen und Batteriespeichern auf kommunalen Gebäuden zur Stromerzeugung für den Eigenverbrauch.

Zusätzlich wollen wir Anreize schaffen, um private sowie gewerbliche Bauherren durch einen Nachlass beim Grundstückspreis zu motivieren, durch die Nutzung von Photovoltaik bzw. anderen regenerativer Energien (Errichtung von Solaranlagen zur Brauchwasser- und Heizungswasserunterstützung, Erdwärmeanlagen, Null-Energie-Haus etc.) nachhaltiger und damit ressourcenschonender zu bauen. Mit dem Argument, das mache ohnehin schon jeder Bauherr und sei damit unsinnig, scheinen Sie, Herr Vielhaber, nicht ganz verstanden zu haben, worum es bei geförderten Bau- und Gewerbeflächen geht. Neben dem ökologischen Aspekt ist

das aktive Standort-Politik, um die angebotenen Flächen der Gemeinde noch attraktiver zu machen. Bei der Förderung von Familien in diesem Bereich liegen die Dinge ja ganz genauso. Oder wollen Sie hier argumentieren, eine Förderung sei nicht nötig, weil die meisten Bauherren ohnehin schon eine Familie haben?!? Im Übrigen stimmt Ihre Einschätzung auch inhaltlich nicht. Schauen Sie sich die Dächer auf der Störmanns Wiese oder im Neubaugebiet „Auf der Tenne“ in Bremke mal an. Hier sind lediglich einige wenige Photovoltaik-Anlagen zu finden. Konkret gibt es im Baugebiet in Bremke bei 13 Gebäuden aktuell 4 Anlagen.

Und die Gemeinde sollte doch gerne auf einen gewissen Erlös beim Verkauf von Grundstücken verzichten, wenn sich dadurch im Gegenzug mehr neue Betriebe und Unternehmen und junge Familien ansiedeln.

Einen ganz grundsätzlichen Aspekt möchte ich an dieser Stelle nochmals ansprechen. Sie, Herr Vielhaber, haben sich mit Ihrer Fraktion bei der Abstimmung zum Antrag der CDU-Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss enthalten, die ganze Fraktion. Meinen Sie wirklich, Sie werden damit Ihrer Verantwortung als Ratsvertreter gerecht? Können die Bürgerinnen und Bürger von Ihnen nicht erwarten, dass Sie eine Meinung haben? Man stelle sich mal vor, der gesamte Rat würde sich bei einem Sachverhalt enthalten?!? Wir alle sind genau dafür gewählt, um Entscheidungen im Namen der Bürgerinnen und Bürger zu treffen und nicht dafür, sich mit einer Enthaltung der Verantwortung zu entziehen.

Erlauben Sie mir, bevor ich auf die konkreten Inhalte des Haushaltes 2022 eingehe, noch einen kurzen Rückblick auf das zurückliegende Jahr.

Neben den weiterhin bestehenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens durch die Pandemie, war die Flutkatastrophe deutschlandweit, aber auch für die Gemeinde Eslohe ein einschneidendes Ereignis.

Private wie gewerbliche Flutschäden in der Gemeinde konnten durch die Soforthilfen zumindest anteilig aufgefangen werden. Der große Schaden am Wenholthausener Sportplatz wird durch mittlerweile bewilligte Zuwendungen aus dem Fluthilfetopf des Landes vollständig wieder hergestellt werden können. Aber die

Unsicherheiten und Sorgen entlang der Flussläufe und in der Nähe von den im Juli überlasteten Kanalisationen bleiben. So ist die im Haushalt vorgesehene Beauftragung eines Fachbüros zur Untersuchung des Hochwasserrisikos im Gemeindegebiet inkl. Erarbeitungen und Beurteilung von Lösungsvorschlägen im nächsten Jahr nach so einem Schadensereignis nur folgerichtig und findet unsere Unterstützung.

Die großen Investitionen an den Schulen befinden sich auf der Zielgeraden. Die neue Räume der Realschule, die Erweiterung der Offenen Ganztagschule und der 8 -13 Uhr Betreuung können im kommenden Jahr genutzt werden. Insgesamt über 3 Mio. € sind hier in die Zukunft des Schulzentrums und damit in die Zukunft unserer Kinder investiert worden.

Für den Ort Sieperting haben wir uns mit unserem Antrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Anbindung an das Radwegenetz deutlich mehr versprochen. Die im Frühjahr durchgeführte Verkehrszählung zeigt eindeutig die hohe Verkehrsbelastung für den Ort, insbesondere in den Zeiten des Berufsverkehrs. Ein berechtigter Einwand aus dem Ort heraus stellt zudem klar, dass die Mobilität durch die Pandemie eingeschränkt worden ist und die tatsächliche Belastung, vor allem am Wochenende, sehr viel höher ist, als die gemessenen Werte vermuten lassen. Völlig offenkundig ist hingegen die Zunahme des Schwerlastverkehrs gegenüber der letzten Zählung. Bei der letzten Messung war es ein Anteil von 5,7% am Gesamtverkehrsaufkommen, jetzt sind es über 11,46%, die mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 47km/h den Ort durchfahren. Damit ist der Schwerlastanteil doppelt so hoch wie der Durchschnitt auf Landstraßen in NRW. Ein weiterer auffälliger Punkt sind die Verkehrsspitzen bei PKW und Schwerlastverkehren in ausgewählten Stunden. In einzelnen Stunden sind das bis zu 50 Schwerlastfahrzeuge und über 200 PKW, die nur in dieser einen Stunde durch den Ort fahren. Ich kann nur jeden einladen, sich mal in Sieperting an die Straße zu stellen. Radfahrer und Fußgänger sind völlig ungeschützt. Es bleibt zu hoffen, dass

diese Zahlen im Hinblick auf die geforderte Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h als maßgeblich gewertet werden.

Ein Radweg zwischen Sieperring und Niedersalwey ist aktuell nicht zu realisieren. Die Möglichkeiten scheitern leider am Grunderwerb. Und auch die unmittelbare Anbindung an den SauerlandRadring über den Wirtschaftsweg entlang der Landstraße ist nicht problemlos umzusetzen. Die zuständigen Behörden (Straßen.NRW, Straßenverkehrsamt und Polizei) sehen Probleme bei dem Auftreffen des möglichen Radwegs auf die Kreuzung im Ort. Wir bleiben dran!

Soweit ein kurzer Rückblick auf ausgewählte Ereignisse des letzten Jahres.

Wie geht's weiter?

Auch für das kommende Jahr seien einige Schwerpunkte des Haushaltes genannt.

Schulen

Wie gewohnt bildet die Unterstützung der gemeindlichen Schulen wieder einen Schwerpunkt im aktuellen Haushalt. Der Ansatz der Verwaltung nach den Investitionen der letzten Zeit im kommenden Jahr ein Augenmerk auf die Unterhaltung und Instandhaltung der Gebäude zu legen, zeugt von einem umsichtigen und sinnvollen Einsatz der vorhandenen Finanzmittel. In Summe kommen hier für diese Haushaltspositionen in den Schulen 455T€ zusammen. Im Esselbad und den Sporthallen kommen nochmal rund 300T€ hinzu. Diese Ausgaben belasten den Haushalt, können aber aktuell aufgefangen werden, wie eingangs beschrieben.

Ich las jetzt in einem Interview, dass es Ihnen, Frau Reintke, bei zu treffenden Entscheidungen besonders auch um Nachhaltigkeit geht, also wie tragfähig und sinnvoll erweisen sich Beschlüsse in 5 Jahren oder später. Gerade in diesem Zusammenhang kann ich nicht verstehen, warum Sie 65 CO₂-Ampeln für die Schulen anschaffen wollen. Was meinen Sie, was mit den Geräten nach Ende der Pandemie geschieht? Und selbst in der jetzigen Situation. Die Realschule gibt an, auch mit CO₂-Ampeln bei dem 20 Minuten Lüftungsintervall bleiben zu wollen. Trotzdem wollen Sie alle Klassenräume mit der CO₂-Ampel ausstatten, selbst die, in

denen kein Unterricht stattfindet. Sie geben selber an, dass die Ampeln keine Aussage zur Intensität der möglichen Virusbelastung der Luft zulassen und dass die behördlichen Empfehlungen zu den Lüftungsintervallen in Klassenräumen davon unberührt bleiben. Das alles zusammen genommen, ist es geradezu absurd, Geld für 65 solcher Geräte ausgeben zu wollen.

Straßen

Die geplante digitale Straßenzustandserfassung wird die Unterhaltung der gemeindlichen Verkehrsinfrastruktur systematisieren und damit nochmals effizienter machen. Für das kommende Jahr sind erneut die eher aus dem Bauch heraus festgelegten 200T€ zum Unterhalt der gemeindlichen Straßen eingestellt. Diese Haushaltsposition kann damit zukünftig durch eine sehr viel umfangreichere Datenbasis mit konkreten Maßnahmen hinterlegt werden.

Zusätzlich finden sich in diesem Bereich die umfangreichen Erschließungsarbeiten für die Erweiterung des Gewerbegebiets Stakelbrauk und die neuen Wohngebiete in Kückelheim und Wenholthausen. In Summe 1,49 Mio. €.

Feuerwehr

Das Hochwasser im Juli hat uns einmal mehr die Bedeutung der freiwilligen Gemeindefeuerwehr vor Augen geführt, Hilfe zu leisten und den einzelnen und das Gemeinwesen vor Gefahren zu schützen. Bis zur Erschöpfung haben die Kameradinnen und Kameraden rund um die Uhr Hilfe in zahlreichen Notlagen geleistet. Im Namen meiner Fraktion nutze ich diese Gelegenheit, der gesamten Gemeindefeuerwehr nochmals ausdrücklich Danke zu sagen! Dieser und jeder andere Einsatz steht und fällt neben dem persönlichen Engagement jedes Einzelnen mit der Qualität der Ausrüstung. Als Ausdruck der Unterstützung durch Politik und Verwaltung sind so die eingestellten Finanzmittel in diesem Bereich zu werten. Im Einzelnen: 112T€ für Sach- und Dienstleistungen, Erhöhung und Ausweitung der Aufwandsentschädigungen der Führungskräfte, 170T€ für ein neues Einsatzleitfahrzeug, 82T€ für zwei neue Mannschaftstransportwagen, 40T€ jeweils in den kommenden Jahren zum Austausch der Schutzausrüstung für den Einsatz

bei Atemschutzeinsätzen und der Einstieg in die Planung für ein neues Feuerwehrhaus in Bremke seien hier genannt.

Dorferneuerung

Hier liegt der Schwerpunkt im kommenden Jahr in Reiste. Durch großes persönliches und finanzielles Engagement des landwirtschaftlichen Vereins und des Schützenvereins ist hier in Zusammenarbeit mit der Gemeinde eine tolle Planung für den Schützenplatz entstanden. Sowohl überregionale Großveranstaltungen wie der Reister Markt als auch die Grundschule durch eine Nutzung bei der Verkehrserziehung sowie der ganze Ort werden von dem neuen multifunktionalen Platz profitieren. Und so wird heute sicherlich der Rat der einstimmigen Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses folgen, die Maßnahme trotz der durch die Ausschreibung höheren Kosten von rund 83T€ nicht in Frage zu stellen.

Wie bei vielen anderen Maßnahmen auch wird diese Neugestaltung in Reiste durch eine Förderung des Landes ermöglicht. Dass dabei zuvor eine Menge Verwaltungsarbeit geleistet wird, ist oft schnell vergessen. Deshalb möchte ich mich ausdrücklich für die zuverlässige, stete Arbeit im Hintergrund zur Erschließung von Fördermöglichkeiten bedanken. Davon profitiert die gesamte Gemeinde.

Der Planungsansatz von 5T€ für den Alten Bahnhof Eslohe sollte im kommenden Jahr mit Leben gefüllt werden. Wenn sich der angedachte Grundstückstausch nicht realisieren lässt, müssen wir mit dem bestehenden Grundstück planen. Dringend empfehle ich dabei einen alternativen Standort für die Entsorgungscontainer.

Breitband

Die Neufassung des Telekommunikationsgesetzes vom 01.12.2021 entlässt die Telekommunikationsunternehmen aus der Verpflichtung, ein Neubaugebiet an das Kommunikationsnetz anzuschließen und überträgt stattdessen diese Pflicht auf die Kommune. Dabei ist eine ausreichende Breitbandversorgung sicherzustellen. Was sich trivial anhört, ist mal wieder ein Vorgang, durch den „mal eben“ der Kommune eine zusätzliche Pflichtaufgabe auferlegt wird. Für das neue Baugebiet in

Cobbenrode gibt es erfreulicherweise bereits die Zusage, die Grundstücke mit Glasfaser zu versorgen.

Der weitere Ausbau im Gemeindegebiet schreitet voran und wird im Jahr 2024 auch mit Anschluss der Einzellagen abgeschlossen sein. Für die Orte Frielinghausen, Lochtrop, Sallinghausen, Sieperting und Oesterberge ist eine Fertigstellung für Februar 2022 in Aussicht gestellt. Der Ausbau insgesamt, auch wenn es ein wenig dauert, ist ein Meilenstein in der Standort-Qualität für alle Wohnlagen in der Gemeinde Eslohe.

Wohn- und Gewerbegebiete

Die Planungen gehen auch hier voran. Neben den bereits angesprochenen Erschließungsstraßen finden sich die Kanalplanungen zu den einzelnen Gebieten im Haushalt wieder. Der kommunizierte Zeitplan zu den einzelnen Orten führt zu einer Planungssicherheit, die sich in den zahlreichen bereits vorliegenden Interessenbekundungen widerspiegelt. Diese gibt es für Wenholthausen und Kückelheim sowie für die Gewerbeflächen in Bremke. Die Gemeinde Eslohe ist attraktiv und wächst weiter. Eine Bestätigung der positiven Gesamtsituation und der zurückliegenden Entscheidungen von Rat und Verwaltung.

Tourismus

Die neuen Wohnmobilstellplätze werden außerordentlich gut angenommen. Die Bewertung des Standortes auf den Online-Portalen ist durchweg positiv. Die CDU-Fraktion regt an, die Stellplätze noch um zwei zusätzliche zu erweitern. Die Fläche Richtung Schwimmbad bietet dafür noch ausreichend Platz.

Antrag FDP

Abschließend noch einige Worte zum Antrag der FDP-Fraktion auf Erstellung eines Jugendkonzeptes. Die CDU-Fraktion lehnt eine derartige Konzepterstellung ab. Wir sehen vielmehr das Jugendamt des Kreises hier in der fachlichen und finanziellen Verantwortung. Die Gemeinde Eslohe zahlt im kommenden Jahr über 2,5 Mio. € an das Kreisjugendamt, dessen Aufgaben sicherlich vielfältig sind. Aber eine parallele Struktur mit weiteren Fachleuten durch so ein Konzept zu etablieren, halten wir für

nicht geboten. Außerdem fehlen eigene Ideen und Vorstellungen, an denen ein Konzept überhaupt ansetzen könnte. Wir regen vielmehr an, einen runden Tisch zu initiieren. Beteiligt werden sollten das Jugendamt, Vereine mit Jugendarbeit, die Schulen, Eltern, Vertreter der Kinder und Jugendlichen selbst, Politik und Verwaltung und die Dachdeckerschule, um auch den Personenkreis der Dachdeckerschüler in die Gesamtbetrachtung der Probleme vor Ort mit aufzunehmen. In diesem Gesamtzusammenhang ist die geplante Videoüberwachung des Schulzentrums als besonders schützenswerten Raum, falls datenschutzrechtlich umsetzbar, ausdrücklich zu begrüßen.

Der Haushalt der Gemeinde Eslohe sieht insgesamt Investitionen in Höhe von 8,2 Mio. € vor. In 2023 nochmals 4 Mio. €. Zum Teil erklärt sich diese hohe Summe aus nicht durchgeführten Maßnahmen des Vorjahres, aber dennoch geht es Jahr für Jahr aufs Neue darum, einen realistischen Investitions-Plan zu entwerfen. Dass dabei viele Unwägbarkeiten eine Rolle spielen und auch zu Verschiebungen führen können, liegt auf der Hand. Für uns als eher kleine Kommune ist das eine große Summe und ein Beleg für die vielen einzelnen Punkte, Orte, Gegebenheiten, an denen sich die Gemeinde Eslohe positiv weiterentwickelt.

Im Namen der CDU-Fraktion bedanke ich mich bei der gesamten Verwaltung, insbesondere bei der Verwaltungsspitze, Bürgermeister Kersting und Kämmerer Nemeita, für die vertrauensvolle und immer lösungsorientierte Zusammenarbeit. Bitte geben Sie das auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hause weiter. Die CDU-Fraktion wird dem eingebrachten Haushalt inklusive der Veränderungsliste unter Berücksichtigung unseres Antrags zur Solarinitiative ohne Vorbehalte zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Eslohe, Rochus Franzen